

Hintergrundpapier

Wassergesetze

Stand: 12.07.2024

Wassergesetze I

Deutschland

Dieses Dokument gibt einen Überblick über Gesetze und Richtlinien, die eine entscheidende Rolle bei der Regulierung und dem Schutz unserer Wasserressourcen spielen. In Deutschland unterscheidet man zwischen Bundesrecht und Landesrecht¹ sowie zwischen mehreren verschiedenen Normentypen (u.a. Bundesrecht, förmliche Gesetze, Rechtsverordnungen)².

Wir unterscheiden hier zwischen Regulierungen, die direkt mit der (Trink-)wasserressource in Verbindung stehen (= prioritäre Gesetze) und Regulierungen, die im weiteren Sinne relevant sind.

Prioritäre Gesetze	2
Trinkwasserverordnung (TrinkwV)	2
Wasserhaushaltsgesetz (WHG)	2
Trinkwassereinzugsgebieteverordnung (TrinkwEGV)	3
Grundwasserverordnung (GrwV)	3
Oberflächengewässerverordnung (OGewV)	4
Abwasserverordnung (AbwV)	4
Nationale Wasserstrategie	5
Weitere relevante Gesetze	6
Abwasserabgabengesetz (AbwAG)	6
Düngegesetz (DüngG)	6
Düngeverordnung (DüV)	7
Wasch- und Reinigungsmittelgesetz (WRMG)	7
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	7
Umsetzung der Europäischen Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) in Deutschland	8

¹ Bundestag: Gesetzgebungszuständigkeiten von Bund und Ländern

https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/gesetzgebung_neu/gesetzgebung/bundesstaatsprinzip-255460

² BGM: Unterschied zwischen förmlichen Gesetzen und Recht

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/gesetze-und-verordnungen/unterschied-zwischen-foermlichen-gesetzen-und-recht/>

Prioritäre Gesetze

Trinkwasserverordnung (TrinkwV)

Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch vom 20. Juni 2023

Trinkwasser, Risikoabschätzung, Parameter, Informationspflicht, Rohrleitungen

Das wichtigste Gesetz für die Wasserqualität in Deutschland ist die Trinkwasserverordnung. Sie basiert auf dem deutschen [Infektionsschutzgesetz](#), das die gesetzliche Grundlage zur Sicherung und Überwachung der Qualität des Trinkwassers ist.

Die TrinkwV regelt die Anforderungen an die Beschaffenheit und Aufbereitung des Trinkwassers und legt Maßnahmen zur Überwachung und zum Schutz des Trinkwassers fest. Dazu regelt sie die Pflichten der Wasserversorgungsunternehmen und der Überwachungsbehörden und legt die zu untersuchenden mikrobiologischen, chemischen und radiologischen Parameter sowie die Häufigkeit der Trinkwasseruntersuchungen fest. Zur Zeit werden 34 Parameter kontrolliert, wobei die Häufigkeit der Kontrollen in Abhängigkeit von der Substanz und der Wassermenge bis zu mehrmals täglich variiert.

Im Jahr 2023 wurde die TrinkwV neu gefasst, um wesentliche Inhalte der EU-Trinkwasserrichtlinie 2020 in nationales Recht umzusetzen. Die Neufassung beinhaltet unter anderem die Einführung eines risikobasierten Trinkwasserschutzes, die Festlegung neuer mikrobiologischer, chemischer und radiologischer Parameter sowie die Verschärfung der Grenzwerte für Schwermetalle wie Blei, Chrom oder Arsen. Damit verbunden sind neue Informationspflichten für die Wasserversorgungsunternehmen. Zudem werden die Betreiber von Wasserversorgungsanlagen verpflichtet, alte Bleileitungen bis zum 12. Januar 2026 stillzulegen oder auszutauschen.

Relevante Links:

- https://www.gesetze-im-internet.de/trinkwv_2023/ (Gesetzestext)
- <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/t/trinkwasser/> (BMG)
- <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wasser/trinkwasser/rechtliche-grundlagen-empfehlungen-regelwerk> (UBA)
- <https://www.dvgw.de/themen/wasser/trinkwasserverordnung/> (DVGW)

Wasserhaushaltsgesetz (WHG)

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 31. Juli 2009, zuletzt geändert am 22. Dezember 2023

Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Vorsorgegrundsatz, Zielvorgaben, Bewirtschaftungsregeln

Das WHG bildet den Kern des Gewässerschutzrechts. Sein Zweck ist es, durch eine nachhaltige sowie geordnete Gewässerbewirtschaftung die ober- und unterirdischen Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als

Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut zu schützen. Ein zentrales Element des WHG sind die Zielvorgaben und Bewirtschaftungsregeln der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Aus ihnen ergeben sich Handlungsfelder wie Vorschriften über Bau und Betrieb von Abwasseranlagen, Ausbau von Gewässern, vorbeugenden Hochwasserschutz, ein Verschlechterungsverbot für den Zustand der Meeresgewässer oder die Festsetzung von Wasserschutzgebieten im Interesse der Wasserversorgung. Zudem legt das WHG fest, dass Trinkwasser als Teil der Daseinsvorsorge an möglichst vielen öffentlichen Orten frei verfügbar sein muss, indem Trinkbrunnen in Parks, Fußgängerzonen oder Einkaufspassagen aufgestellt werden sollen.

Relevante Links:

- https://www.gesetze-im-internet.de/whg_2009/index.html (Gesetzestext)
- <https://www.bmu.de/themen/wasser-und-binnengewasser/gewaesserschutzrecht/deutschland/das-wasserhaushaltsgesetz> (BMU)
- <https://www.bmu.de/pressemitteilung/staedte-und-gemeinden-muessen-trinkwasser-im-oeffentlichen-raum-kostenlos-bereitstellen> (BMU)

Trinkwassereinzugsgebieteverordnung (TrinkwEGV)

Verordnung über Einzugsgebiete von Entnahmestellen für die Trinkwassergewinnung vom 4. Dezember 2023

Trinkwassereinzugsgebiete, verpflichtendes Risikomanagement, Dokumentation durch Wasserversorger, risikobasierter Ansatz

Die TrinkwEGV dient dem Schutz des Grund- und Oberflächenwassers in Trinkwassereinzugsgebieten. Ziel ist es, die Qualität des Rohwassers (noch nicht aufbereitetes, unbehandeltes Wasser) auf einem hohen Niveau zu halten, um den Umfang der erforderlichen Aufbereitung von Trinkwasser so gering wie möglich zu halten. Zu diesem Zweck sind die Trinkwassereinzugsgebiete hinsichtlich möglicher mikrobieller und chemischer Risiken für die Wasserbeschaffenheit zu bewerten und einer verbindlichen Strategie zur Ermittlung, Verhütung und Bekämpfung solcher Risiken (= Risikomanagement) zu unterziehen. Wasserversorger müssen ihre Einzugsgebiete bis zum 12. November 2025 erstmals bewerten und die Dokumentation einreichen.

Relevante Links:

- <https://www.gesetze-im-internet.de/trinkwegv/BJNR15A0A0023.html> (Gesetzestext)
- <https://www.bmu.de/pressemitteilung/mehr-schutz-fuer-unsere-trinkwasserressourcen> (BMU)
- <https://www.dvgw.de/themen/wasser/ressourcenmanagement-und-gewaesserschutz/risikomanagement-in-trinkwassereinzugsgebieten> (DVGW)

Grundwasserverordnung (GrwV)

Verordnung zum Schutz des Grundwassers vom 9. November 2010, zuletzt geändert am 12. Oktober 2022

Grundwasserzustand, Eintrag von Schadstoffen, guter mengenmäßiger und guter chemischer Zustand, Schwellenwerte

Um die EU-Grundwasserrichtlinie in nationales Recht umzusetzen, wurde die GrwV verabschiedet. Die Verordnung stellt Kriterien für die Beschreibung, Beurteilung, Einstufung und Überwachung des Grundwasserstandes auf. Außerdem sollen Maßnahmen durchgeführt werden, um den Eintrag von Schadstoffen in das Grundwasser zu verhindern oder zu begrenzen. Somit soll eine Verschlechterung des Grundwasserstandes verhindert werden. Der Maßstab für die Beurteilung des guten chemischen Zustands richtet sich nach den europäisch vorgegebenen Qualitätsnormen für Nitrat und Pestizide. Hinzu kommen bundeseinheitlich festgelegte Schwellenwerte für beispielsweise Arsen, Blei, Quecksilber oder Ammonium.

Relevante Links:

- https://www.gesetze-im-internet.de/grwv_2010/ (Gesetzestext)
- <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wasser/wasserrecht/grundwasserrecht> (UBA)

Oberflächengewässerverordnung (OGewV)

Verordnung zum Schutz der Oberflächengewässer
vom 20. Juni 2016, zuletzt geändert am 9. Dezember 2020

Oberflächengewässer, Schadstoffe, Beobachtungsliste, guter ökologischer Zustand, Qualitätskomponenten

Die OGewV regelt bundeseinheitlich Aspekte des Schutzes der Oberflächengewässer und der wirtschaftlichen Analyse der Nutzungen ihres Wassers. Sie enthält Vorschriften zur Kategorisierung, Typisierung und Abgrenzung von Oberflächenwasserkörpern entsprechend den Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Wichtige Elemente der Verordnung sind die Regelungen über die Bestandsaufnahme von Emissionen, Einleitungen und Verluste prioritärer Stoffe und bestimmter anderer Schadstoffe, welche in einer Liste erfasst/definiert sind. Des Weiteren bestehen EU-weit standardisierte Anforderungen an den angemessenen ökologischen Zustand hinsichtlich biologischer Qualitätskomponenten, Nährstoffe und allgemeiner physikalisch-chemischer Qualitätskriterien, welche durch die OGewV adressiert werden (müssen).

Relevante Links:

- https://www.gesetze-im-internet.de/ogewv_2016/ (Gesetzestext)
- <https://www.bmu.de/gesetz/verordnung-zum-schutz-der-oberflaechengewaesser/> (BMUV)
- <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wasser/wasserrecht/recht-der-oberflaechengewaesser> (UBA)

Abwasserverordnung (AbwV)

Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer
vom 17. Juni 2004, zuletzt geändert am 27. Februar 2024

Einleiten von Abwasser, Emissionswerte, Schadstoffe, Einleiter, wasserrechtliche Zulassung

In der AbwV sind Anforderungen für das Einleiten von Abwasser in Gewässer für momentan 53 Herkunftsbereiche (Kommunalabwasser sowie 52 Industrie- und Gewerbebranchen) festgelegt. Einleitungen in Gewässer sind nur dann erlaubt, wenn diese dem in der AbwV beschriebenen Stand der Technik entsprechen. Es werden maximal zulässige Konzentrationen bestimmter Schadstoffe im Abwasser (= Emissionswerte) als Mindestanforderungen festgelegt. Aus Gründen der Wasserqualität können darüber hinausgehende Anforderungen in Erlaubnissen vorgeschrieben werden. Für Einleitungen aus Anlagen, welche der Industrieemissions-Richtlinie³ unterliegen, sind die in den Anhängen der AbwV entsprechend gekennzeichneten Emissionsgrenzwerte direkt vom Einleiter einzuhalten. In allen anderen Fällen sind die Emissionswerte bei der Erteilung einer wasserrechtlichen Zulassung für das Einleiten von Abwasser festzusetzen.

Relevante Links:

- <https://www.gesetze-im-internet.de/abwv/> (Gesetzestext)
- <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wasser/abwasser/anforderungen-an-das-einleiten-von-abwasser> (UBA)
- <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wasser/wasserrecht/abwasserrecht> (UBA)

Nationale Wasserstrategie

Kabinettsbeschluss
vom 15. März 2023

wasserbezogene Maßnahmen, Sektoren, Handlungsfelder, Umgang mit Ressource Wasser, hochwertiges Trinkwasser

Die Nationale Wasserstrategie bündelt erstmals wasserbezogene Maßnahmen in vielen relevanten Sektoren wie Landwirtschaft, Industrie, Verwaltung, Verkehr, Stadtentwicklung und Naturschutz. An ihrer Erarbeitung waren unterschiedlichste Akteur*innen beteiligt, darunter Bund, Länder, Kommunen, die Wasserwirtschaft sowie alle wassernutzenden Wirtschaftsbereiche und Gruppen. Zentrale Ziele der Nationalen Wasserstrategie sind überall und jederzeit qualitativ hochwertiges und bezahlbares Trinkwasser, saubere Grund- und Oberflächengewässer, die Wiederherstellung und Erhaltung eines naturnahen Wasserhaushalts, eine geordnete Abwasserbeseitigung nach dem Verursacherprinzip sowie die Anpassung der Wasserversorgung und -nutzung an die Folgen des Klimawandels. Die schrittweise Umsetzung bis 2030 erfolgt entlang eines Aktionsprogramms mit 78 Maßnahmen - ein Mix aus Förderung, rechtlichen Regelungen, Wissensaufbau und Dialog.

Relevante Links:

- https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Binnengewasser/BMU_Wasserstrategie_bf.pdf (Langfassung des BMUV)

³ Die Industrieemissions-Richtlinie regelt Genehmigung, der Betrieb, die Überwachung und die Stilllegung von Industrieanlagen:
<https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/beste-verfuegbare-techniken/industrieemissionstichtlinie#undefined>

- https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Binnengewasser/nationale_wasserstrategie_2023_kurzfassung_bf.pdf (Kurzfassung des BMUV)
- <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wasser/wasser-bewirtschaften/nationale-wasserstrategie> (UBA)

Weitere relevante Gesetze

Abwasserabgabengesetz (AbwAG)

Gesetz über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer vom 18. Januar 2005, zuletzt geändert am 22. August 2018

Das Abwasserabgabengesetz (AbwAG) legt eine Abgabe für das direkte Einleiten von Abwasser in Gewässer fest. Es basiert auf dem Verursacherprinzip und erfüllt die EU-Wasserrahmenrichtlinie, indem es Kosten für die Nutzung von Wasser ausgleicht und eine Abgabe für Restverschmutzung vorschreibt.

Relevante Links:

- <https://www.gesetze-im-internet.de/abwag/BJNR027210976.html> (Gesetzestext)
- <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wasser/wasserrecht/abwasserrecht> (UBA)

Düngegesetz (DüngG)

vom 9. Januar 2009, zuletzt geändert am 20. Dezember 2022

Das DüngG regelt insbesondere die Anforderungen an das Inverkehrbringen und die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Pflanzenhilfsmitteln und Kultursubstraten. Zweck dieses Gesetzes ist es unter anderem, Gefahren für die Gesundheit von Menschen und Tieren sowie für den Naturhaushalt, wozu das abiotische Schutzgut Wasser zählt, vorzubeugen oder abzuwenden. Nachdem die EU gegen Deutschland ein Verfahren wegen unzureichender Umsetzung von Maßnahmen gegen die Nitratbelastung von Böden und Grundwasser eingeleitet hatte, wurde das Düngegesetz überarbeitet⁴.

⁴ BMEL: Pressemitteilung EU-Nitratrichtlinie
<https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/071-eu-nitratrichtlinie.html>

Düngeverordnung (DüV)

Verordnung über die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis beim Düngen²
vom 26. Mai 2017, zuletzt geändert am 10. August 2021

Die DüV konkretisiert die Anforderungen an die gute fachliche Praxis der Düngung und regelt, wie damit verbundene Risiken zu verringern sind. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat eine Verordnung zur Änderung der Düngeverordnung erlassen, um die Nitratreinträge aus der Landwirtschaft zu verringern und den Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen zu verbessern. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs wegen unzureichender Umsetzung der EG-Nitratrichtlinie aus dem Jahr 2018 hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Verordnung zur Änderung der DüV erlassen, um die Nitratbelastung aus der Landwirtschaft zu reduzieren und die Gewässer vor Verunreinigungen zu schützen. Nun können belastete Gebiete ausgewiesen und dort strengere Bewirtschaftungsauflagen geltend gemacht werden. Außerdem soll ein nationales Monitoringprogramm, Auskunft über die Nährstoffbelastung und die Wirkung der Maßnahmen der DüV ermöglichen.

Relevante Links:

- https://www.gesetze-im-internet.de/d_ngg/BJNR005400009.html (Gesetzestext zum DüngeG)
- https://www.gesetze-im-internet.de/d_v_2017/BJNR130510017.html (Gesetzestext zur Düngeverordnung)
- <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/pflanzenbau/ackerbau/duengung.html#doc12312bodyText3> (BMEL)

Wasch- und Reinigungsmittelgesetz (WRMG)

Gesetz über die Umweltverträglichkeit von Wasch- und Reinigungsmitteln
vom 17. Juli 2013, zuletzt geändert am 27. Juli 2021

Regelung des Inverkehrbringens von Wasch- und Reinigungsmitteln zur Vermeidung von Belastungen der Umwelt, insbesondere der Gewässer, des Naturhaushalts und der Trinkwasserversorgung.

Relevante Links:

- <https://www.gesetze-im-internet.de/wrmg/BJNR060000007.html> (Gesetzestext)

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege
vom 29. Juli 2009, zuletzt geändert am 8. Mai 2024

Rechtsgrundlagen für die Schutzgüter von Natur und Landschaft sowie für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Dazu gehört auch der Schutz der Meeres- und Binnengewässer, der Uferbereiche, der Auen und des Grundwassers.

Relevante Links:

- https://www.gesetze-im-internet.de/bnatschg_2009/BJNR254210009.html
(Gesetzestext)

Umsetzung der Europäischen Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) in Deutschland

Mit dem Fortschreiben des Maßnahmenprogramms zum Schutz von Nord- und Ostsee erfüllt Deutschland die Vorgaben der MSRL. Darin enthalten sind 20 neue Maßnahmen, u.a. zur Reduzierung von Stoffeinträgen von Schiffen, Luftschadstoffemissionen und Risiken nicht-einheimischer Arten sowie dem besseren Schutz von Arten und Lebensräumen. Der Bund und die fünf Küstenbundesländer haben zum 30. Juni 2021 Entwürfe für ein Maßnahmenprogramm für die Jahre 2022 - 2027 vorgelegt, welches das alte Programm (2016-2021) um weitere Maßnahmen ergänzt und einem "Klimacheck" unterzieht.

Relevante Links:

- <https://www.umweltbundesamt.de/themen/jetzt-beteiligen-massnahmen-schutz-von-nord-ostsee> (UBA)
- <https://mitglieder.meeresschutz.info/de/msrl/allgemeines.html> (seperat angelegte Informationsseite des BMUV)